

geht sie dahin, daß die Regierung den Uebelstand beseitigen möge, daß durch gewerbreiche Orte, wo keine Postanstalten bestehen, die Posten durchgehen, ohne die Correspondenz solcher Orte aufzunehmen und abzugeben. Der Abgeordnete schildert die Nachtheile, die daraus entstünden, namentlich in solchen Orten, wo wichtige Fabriketablissemens bestehen, die dadurch in den Fall kämen, ihre Correspondenz früher abgeben zu müssen und später erst empfangen zu können. Es ist dieser Uebelstand nicht zu verkennen, und die Regierung hat an solchen Orten, wo sich das Bedürfnis einer Abgabe und Annahme der Correspondenz gezeigt, und wo zugleich auch Jemand sich gefunden hat, der sich dazu bereit finden ließ, mit der erforderlichen Beschleunigung ein derartiges Geschäft zu übernehmen, die Anordnung getroffen, daß die Portefeuilles von den Posten bei deren Durchfahrt aufgenommen und abgegeben werden. Ob in den von dem Abgeordneten bezeichneten Orten, in der Chemnitzer Gegend, ein solches Bedürfnis sich gezeigt habe und eine Möglichkeit für dessen Gewährung vorhanden sei, vermag allerdings die Regierung im Augenblicke nicht zu beurtheilen, sie hat aber sofort eine Verordnung an die Oberpostdirection erlassen, um dieses Verhältniß zu erörtern, und wenn irgend möglich, soll dem Wunsche, den der Abgeordnete für seine Gegend ausgesprochen hat, Genüge geleistet werden.

Präsident Joseph: Der Abg. Günther hat das Wort.

Abg. Günther: Ich wollte nur erinnern, daß ich bei der gegebenen Erklärung mich beruhige.

(Es erheben sich mehrere Sprecher.)

Präsident Joseph: Da der Interpellant das Wort nicht nimmt, so kann ich über diese Angelegenheit das Wort nicht weiter geben.

Vizepräsident Haben: Ich habe ebenfalls eine auf das Postwesen bezügliche Bemerkung zu machen und würde den Herrn Präsidenten ersuchen, die Kammer zu fragen, ob über diese Angelegenheit eine Discussion eröffnet werden kann, insofern sich nämlich die Staatsregierung damit einverstanden erklärt?

Präsident Joseph: Es würde die Zustimmung der Regierung erforderlich sein.

Staatsminister Georgi: Seiten der Regierung ist kein Bedenken.

Präsident Joseph: Will die Kammer die Discussion über diese Angelegenheit zulassen und dem Vizepräsidenten Haben das Wort geben? Die Majorität hat sich dafür entschieden, daß der Vizepräsident Haben das Wort habe.

Vizepräsident Haben: Durch die Erklärung des Herrn Ministers wird sich allerdings ein Theil dieser Bedrückungen, welche hauptsächlich auf dem platten Lande ruhen, erledigen; ein ganz Anderes aber ist es noch, daß überhaupt das platte

Land gegen die Städte insofern in Nachtheil steht, als es durch expresse Boten seine Briefe und übrigen Postsendungen zugeschickt erhält. Es tritt hierdurch der Fall ein, daß, während vielleicht ein Brief nur 5 Pf. Postporto kostet, derselbe, wenn er durch den Boten des Postamtes oder der Postexpedition überbracht wird, nun mit 5, 6, 8, ja 10 Mgr., je nach Verhältniß der Entfernung von der Postexpedition, bezahlt werden muß. Es ist dies ein Uebelstand, der bereits durch alle öconomischen Vereine zur Sprache gekommen ist, und ich kann daher hier bloß den Wunsch aussprechen, daß die hohe Staatsregierung diesen Uebelstand in genaue Erwägung ziehen möge, damit für die Zukunft derartige Bedrückungen für die Bewohner des platten Landes in Wegfall gebracht werden.

Staatsminister Georgi: Die fragliche Angelegenheit ist von der Regierung schon wiederholt erwogen worden. Es läßt sich aber dem Uebelstande, daß die an Orten, wo keine Postanstalten sich befinden, Wohnenden ein etwas erhöhtes Porto zu tragen haben, nicht anders begegnen, als durch Einrichtung einer Landbotenpost. Mit der Einrichtung einer Landbotenpost ist nur in sehr dicht bevölkerten Gegenden, namentlich in der Leipziger, ein Versuch gemacht worden; es hat sich aber dabei ergeben, daß diese Einrichtung selbst in solchen Gegenden mit einem sehr ansehnlichen Aufwande Seiten der Staatscasse verknüpft ist. Dieser Aufwand würde sich noch sehr steigern, wenn diese Einrichtung auch auf minder bevölkerte Gegenden ausgedehnt werden sollte. Es besteht gegenwärtig die Einrichtung, daß Briefe an diejenigen, welche es nicht vorziehen, eine Einrichtung zu treffen, wonach ihre Briefe an den Ausgangspunkten der Posten abgeholt werden, durch expresse Boten aufs Land geschickt werden. Es wird ein gewisser Satz pro Meile an den Boten bezahlt, und je nachdem viele oder weniger Briefe durch den Boten zu befördern sind, dieser Satz auf die Briefe repartirt. Ich wiederhole, daß nur durch Einrichtung einer Landbotenpost hierin eine Aenderung herbeizuführen sein dürfte; freilich aber ist in Erwägung zu ziehen, daß hierdurch ein größerer Aufwand für die Staatscasse erwachsen würde. Es ist auch dabei nicht unerwogen zu lassen, daß manche Empfänger auf dem Lande es vorziehen, die Briefe von der Postexpedition aus der Stadt abholen zu lassen durch die gewöhnlichen Boten, die vom Lande nach der Stadt zu gehen pflegen, und daß manche Landbewohner es nicht gern sehen werden, wenn diese Boten eingehten, weil dieselben ihnen noch andere Dinge mit besorgen. Es müßte aber die Landbotenpost nothwendig die Beförderung aller auf das Land zu bringenden und der abzuholenden Briefe in Anspruch nehmen; dies aber würde manchem Empfänger auf dem platten Lande nicht willkommen sein. Jedensfalls handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die Seiten der Regierung eine fernere sorgsame Erwägung verdient und finden wird bei der Berathung der Reformen, die dem Postwesen im Allgemeinen noch bevorstehen, Reformen, die von der Regierung schon in Angriff genommen worden wären, wenn nicht durch die Centralgewalt dem Postwesen in Deutschland